



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Ruth Müller, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern: Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen deutlich zu verstärken, um auf eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben in Bayern hinzuwirken.

Dabei berücksichtigt sie die Empfehlungen der Sachverständigen in diesem Bereich, wie sie zuletzt auch im Rahmen des Fachgesprächs „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration vom 29.09.2017 formuliert wurden.

Diese betreffen v. a. drei Handlungsfelder:

- a) die Schaffung guter und sicherer Arbeitsbedingungen, um Familien bzw. Paaren mit Kinderwunsch eine bessere Planbarkeit zu ermöglichen;
- b) die Etablierung familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle;
- c) den bedarfsgerechten Ausbau familienunterstützender Angebote.

In diesem Sinne ergreift die Staatsregierung insbesondere folgende Maßnahmen bzw. setzt sich auf Bundesebene dafür ein:

- Einführung eines gesetzlichen Rückkehrrechts von befristeter Teilzeit in Vollzeit;
- Abschaffung von Arbeitsverhältnissen mit sachgrundloser Befristung;
- Stärkung des Arbeitszeitschutzes inklusive „Recht auf Nichterreichbarkeit“;
- Einführung einer staatlich geförderten Familienarbeitszeit mit Lohnersatzleistungen für verschiedene Arten der Sorgearbeit;

- Ausweitung der Möglichkeiten zur Teilzeitberufsausbildung, v. a. im öffentlichen Dienst;
- Schaffung einer bedarfsgerechten Infrastruktur im Kinderbetreuungs- und Pflegebereich;
- bedarfsgerechter Ausbau von Beratungsangeboten für Familien, u. a. für pflegende Angehörige und Alleinerziehende.

Begründung:

Der Wunsch nach einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienleben ist im Alltag vieler Familien allgegenwärtig. Doch unsichere Arbeitsbedingungen, familienunfreundliche Arbeitszeitmodelle sowie unzureichende Angebote im Kita-, Pflege- und Beratungsbereich erschweren es Familien, die verschiedenen Lebensbereiche (Berufsleben, Pflege von Angehörigen, Kindererziehung, Weiterbildung, gesellschaftliches Engagement, Freizeitgestaltung etc.) so miteinander zu vereinbaren, wie es ihren Wünschen und Bedarfen entsprechen würde. Derlei Defizite werden sowohl von Seiten der Bevölkerung als auch von Seiten der Fachexpertinnen und -experten bzw. -verbände in diesem Bereich benannt.

Laut dem aktuellem Vierten Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern stimmt nur etwa jede bzw. jeder vierte Befragte der Aussage zu, Beruf und Familie ließen sich für ihn bzw. sie gut miteinander vereinbaren. Bei Erwerbstätigen mit drei oder mehr Kindern sind es sogar nur 21,3 Prozent. In dieser Gruppe sagen zudem etwa zwei Drittel der Befragten, Beruf und Familie ließen sich nur „mit Energie und Geschick“ vereinbaren, für 7,0 Prozent lassen sie sich sogar „kaum oder gar nicht“ vereinbaren.

Ähnlich äußerte sich zuletzt auch die Mehrzahl der anwesenden Sachverständigen im Rahmen eines Fachgesprächs, das der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration am 28.09.2017 im Landtag durchführte. Vertreterinnen und Vertreter u. a. des Katholischen Deutschen Frauenbunds, des Deutschen Gewerkschaftsbunds und des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (jeweils Landesverband Bayern) forderten die Staatsregierung auf, ihre Anstrengungen in diesem Bereich deutlich zu verstärken. Fatalerweise mangle es aber – so der DGB Bayern – noch immer „an politischem Willen, flächendeckend und nachhaltig die Voraussetzungen für einen wirklichen Paradigmenwechsel in der Familien- und Vereinbarkeitspolitik zu schaffen“.

Die von Expertenseite vorgeschlagenen Maßnahmen lassen sich grob gesagt in drei Bereiche gliedern, die eng miteinander zusammenhängen:

1. Gute und sichere Arbeitsbedingungen, die Familien bzw. Paaren mit Kinderwunsch eine bessere Planbarkeit ermöglichen: Einführung eines gesetzlichen Rückkehrrechts von befristeter Teilzeit in Vollzeit; Abschaffung von Arbeitsverhältnissen mit sachgrundloser Befristung.
2. Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle: Stärkung des Arbeitszeitschutzes inklusive „Recht auf Nichterreichbarkeit“; Einführung einer staatlich geförderten Familienarbeitszeit mit Lohnersatzleistungen für verschiedene Arten der Sorgearbeit;

Ausweitung der Möglichkeiten zur Teilzeitberufsausbildung, v. a. im öffentlichen Dienst.

3. Bedarfsgerechter Ausbau familienunterstützender Angebote: Schaffung einer bedarfsgerechten Infrastruktur im Kinderbetreuungs- und Pflegebereich; bedarfsgerechter Ausbau von Beratungsangeboten für Familien, u. a. für pflegende Angehörige und Alleinerziehende.

Sämtliche hier aufgelisteten Punkte wurden auch von Verbandsseite mehrfach deutlich formuliert, u. a. im Rahmen des genannten Fachgesprächs. Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, diese Forderungen ernst zu nehmen und zügig entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.